

## Interfraktioneller Antrag

Frau  
Oberbürgermeisterin Barbara Bosch  
Marktplatz 22  
72764 Reutlingen

### Antrag

#### **Bericht über Maßnahmen im Bereich der Ü3-Kinderbetreuung, Anhörung von Sachverständigen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Zusammenhang mit den fehlenden Betreuungsplätzen bei der Ü3-Betreuung im Kindergartenjahr 2017/18 hat die Verwaltung dem VKSA mehrfach, meist nichtöffentlich, berichtet. Gemeinderat und Stadtverwaltung haben in den letzten Monaten auch verschiedene Neu- und Ausbaumaßnahmen auf den Weg gebracht und zusätzliche Personalstellen geschaffen.

Wir haben den Eindruck, dass in der Bürgerschaft, insbesondere bei den aktuell oder in nächster Zeit betroffenen Eltern nach wie vor ein erheblicher Informationsbedarf zu diesem Thema besteht. Dies dokumentiert sich auch in dem Bürgerantrag, den der GERK vor kurzem initiiert hat und mit dem er erreichen will, dass sich der Gemeinderat mit einer Reihe von Fragestellungen rund um die Kinderbetreuung befasst.

Wir wollen dem GERK und den Eltern, die er vertritt, den Umweg über die Sammlung von Unterschriften ersparen und halten es für richtig, dass die Stadtverwaltung von sich aus öffentlich berichtet und gleichzeitig dem GERK und weiteren Institutionen die Gelegenheit zur Stellungnahme gibt.

Wir stellen daher den **Antrag**,

im Rahmen der VKSA-Sitzung im September oder Oktober 2017 oder aber im Rahmen eines gesonderten Termins (Hearing o.ä.) öffentlich zu berichten über folgende Themen:

- Schaffung von Kapazitäten in der Ü3-Kinderbetreuung seit dem Jahr 2016 bis heute,
- aktueller Stand der Erfüllung des Rechtsanspruchs für Ü3-Kinder,
- Kommunikation mit Eltern, die noch keine Platzzusage für ihr Kind erhalten haben,
- Schaffung zusätzlicher Plätze in bestehenden Einrichtungen (bereits beschlossen, geplant, noch denkbar) mit einem Zeitplan der baulichen Umsetzung,

- Schaffung zusätzlicher Plätze durch Erweiterung/Neubau von Einrichtungen (bereits beschlossen, geplant, noch erforderlich),
- Einbindung der freien Träger,
- Maßnahmen zur Suche nach zusätzlichem Personal,
- Aufgabe und zukünftige Ausgestaltung des ANKER-Verfahrens,
- erwartete Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2018/19,
- Zahl der bis dahin voraussichtlich realisierten zusätzlichen und gleichwohl noch erforderlichen Plätze.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts/dieser Veranstaltung beantragen wir, Vertreter folgender Institutionen als sachverständige Bürger anzuhören:

- GERK,
- freie Träger,
- Tagesmütterverein,
- IHK.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionen der CDU, SPD, Grüne und Unabhängige, FWV, WiR, FDP, Stadträte der Linken  
Liste